

Landtag muss sich mit Zielen der Volksinitiative befassen

Mehr als 115 000 Unterschriften für Schutz der Artenvielfalt



Volksinitiative Artenvielfalt vor dem Landtag (dpa)

VON KARLHEINZ WAGNER

Köln/Düsseldorf. Genau 115 035 amtlich beglaubigte Unterschriften hat die Volksinitiative Artenvielfalt NRW binnen eines Jahres bis zum Stichtag Anfang Juni gesammelt. Am Donnerstag überreichten die Initiatoren die Liste an Landtagspräsident André Kuper. Das gesetzliche Quorum – 0,5 Prozent der stimmberechtigten Deutschen in NRW – von 66 000 Unterzeichnern war bereits im Februar geschafft.

Der Landtag muss nun innerhalb von drei Monaten die Rechtmäßigkeit der Volksinitiative feststellen und binnen drei weiterer Monate die Forderungen der Initiative abschließend behandeln. „Aus Sicht der Verbände eröffnet sich hiermit eine Riesenchance, den Natur- und Artenschutz in NRW umfassend in allen relevanten Handlungsfeldern der Landespolitik umzusetzen“, hieß es in einer Mitteilung der Initiative zur Übergabe.

Die Volksinitiative in NRW war ins Leben gerufen worden vom Naturschutzbund Nabu NRW, vom Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Landesgemeinschaft Naturschutz (LNU) als Dachorganisation für etwa 100

kleinere Bündnisse und Verbände. Inspiriert war die Aktion vom Erfolg des Volksbegehrens „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern“: Unter dem konsensfähigen Schlachtruf „Rettet die Bienen“ hatten sich nach zwei Wochen im Februar 2019 mehr als 1,74 Millionen Menschen in die Listen der Aktion eingetragen – bei einer Bevölkerung von 9,4 Millionen Bayern entsprach das einem Anteil von 18,3 Prozent. Das „erfolgreichste Volksbegehren in Bayern“ lobten sich die Veranstalter – wohl zu Recht.

Die Aktion in Bayern hatte seinerzeit eine erhebliche Dynamik entwickelt – mit Volks- und Straßenfesten und Open-Air-Konzerten machten die Bienenretter auf ihr Anliegen aufmerksam. Das hat sich in NRW so nicht ergeben – auch coronabedingt. An Rhein und Ruhr startete die Unterschriften-Sammlung im Juli 2020. „Straßenfeste und Mitmach-Aktionen durften wir nicht veranstalten, kraftvolle Bilder wie in Bayern konnten wir nicht zeigen“, sagte Birgit Königs, Sprecherin des Nabu NRW, dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Womöglich, meint sie, hätten sich die Dinge in NRW deshalb etwas zögerlich entwickelt.

Die Nabu-Landesvorsitzende Heide Naderer zeigte sich mit dem Ergebnis „trotz schwierigster Umstände“ zufrieden: „Die Unterstützung unserer Initiative kommt aus allen Regionen des Landes gleichermaßen, aus Großstädten wie aus dem ländlichen Raum.“ Holger Sticht, Landesvorsitzender des BUND, erklärte: „Wir setzen die Artenvielfalt auf die Tagesordnung des Parlaments. Ob Flächenfraß, Pestizide in Schutzgebieten, naturverträgliche Landwirtschaft oder Schottergärten. Wir legen dem Landtag jetzt konkrete Vorschläge vor und zeigen auf, was die eigentlichen Aufgaben sind.“ Ein offizielles Volksbegehren, wie es die Bayern so erfolgreich initiiert haben, wird es in NRW nicht geben. „Das war von Anfang an nicht das Ziel der Initiative“, sagt Birgit Königs.

„Ein Volksbegehren hätte bedeutet“, sagt Birgit Königs, „dass man sich auf ein Gesetz festlegt, dessen Änderung und Umformulierung man fordert. Das wäre hier das Naturschutzgesetz.“ Dieses Gesetz aber sei – bei aller Kritik – in NRW gar nicht mal so schlecht: „In dieser Hinsicht hatten Bayern und Baden-Württemberg weitaus größeren Nachholbedarf.“

Die Ziele der Initiative Artenschutz in NRW seien breiter gefasst. Man erhofft sich einen stärkeren Einfluss auf verschiedene Bereiche der Politik über klassischen

Umwelt- und Naturschutz hinaus – auf die kommunalen Entwicklungspläne etwa, auf die Flächennutzung und auf die Baupolitik.

Foto: Roberto Pfeil/dpa